



Wissenschaft - und Kongreßzentrum und unsere Schulen

Ein Abenteuer mit Folgen

Wenn man sich viele Kommunalpolitiker anhört, kommt man immer mehr zu dem Schluss, dass ihr Handeln fern jeglicher Realität stattfindet. So auch bei diesem Thema.

In der Prioritätenliste steht der

städtischen Haushaltes wächst auf neunzig Millionen. Der Stadtkämmerer sieht keine Chance, dieses Defizit innerhalb der gesetzlichen Frist von drei Jahren auszugleichen. Das bedeutet konkret: der politische Handlungsspielraum ist

„Eltern müssen wie Bittsteller auftreten“

Schulausschuss – Magistrat soll Geld für Niebergallsschule und Zinnschule im Nachtragshaushalt bereitstellen

Bau eines Wissenschaft - und Kongreßzentrums ganz oben. Weder die Höhe der Baukosten ist bekannt, noch wissen die verantwortlichen Politiker, welche Folgekosten auf die Stadt zukommen. Bei den Baukosten werden immer wieder geschätzte Beträge zwischen 60 und 90 Millionen Euro genannt. Wie man aber aus Erfahrung ähnlicher Großprojekte

gleich null.

Trotz all dieser Widrigkeiten hält man an diesem Prestigeobjekt fest. Das ist ein unverantwortliches finanzielles Abenteuer.

Die Verantwortlichen haben eine Zauberformel gefunden, und die heißt "sparen". Aber wer nun glaubt, ein Projekt wie das Kongreßzentrum, dessen Notwendigkeit und Finanzierbarkeit mehr als

Niebergallsschule bangt um ihr Image

Raumnot – „Unzumutbare Bedingungen“ für Lernhilfe – Dezernentin Wagner: „Stadt ist mehrere Jahre in Verzug“

aus anderen Städten weiß, werden die geschätzten Höchstbeträge oft noch überschritten und man wird sich hier schnell in einer dreistelligen Millionensumme bewegen.

Erst Anfang März war im Darmstädter Echo zu lesen: Defizit des

fraglich ist, würde gestoppt der irrt.

Baudezernent Dieter Wenzel bot spontan 30% - 40% Einsparungen an, von Stadtkämmerer Wolfgang Glenz waren so kluge Sätze zu hören wie "... Am Anfang muss man hart durchgreifen.." oder "...der

Fortsetzung auf Seite 2...

„Wie sieht das bei der Stadt Darmstadt aus? In der Prioritätsliste steht der Bau eines Kongreßzentrums ganz oben. Weder die Höhe der Baukosten ist bekannt, noch wissen die verantwortlichen Politiker, welche Folgekosten auf die Stadt zukommen. Das ist ein unverantwortliches finanzielles Abenteuer. Und die Finanzierung der dringend notwendigen Sanierungsarbeiten in den Schulen bleibt auf der Strecke. Hier werden die Prioritäten falsch gesetzt. Das ist keine gute Kommunalpolitik. Die Ausbildung unserer Kinder darf nicht Prestigeobjekten geopfert werden.“

Der ehemalige Oberbürgermeister Günter Metzger im Regionalmagazin WIR April 2004



Rainer Keil,
Stadtverordneter der PDS-DKP/OL
Vorsitzender der DKP Darmstadt

Liebe Darmstädterinnen und Darmstädter,

Hunderttausenden Mietern droht in Deutschland ab nächstem Jahr die "amtliche Vertreibung aus ihren bisherigen Wohnungen in Arbeitslosen-Ghettos". Arbeitslosenhilfeempfänger bekommen zur Zeit noch Zuschüsse zu ihren Wohnkosten, sie können sich aber die Wohnung, in der sie wohnen wollen, aussuchen, solange sie sie bezahlen können. Wenn Hartz IV so kommt, wie zur Zeit vorgesehen, könnte es sein, dass die zukünftigen Arbeitslosengeld-II-Empfänger sich bald neue Wohnungen suchen müssen. Denn zukünftig gibt es Obergrenzen für die Mietübernahme. Sollte die Miete nur wenige Euro zu teuer sein, kann das Sozialamt nach Einführung von Hartz IV die Zahlungen einstellen.

weiter auf Seite 7...

Aus dem Inhalt:

Kinderbeauftragter	S.2
US-Abhörenanlage in DA	S.3
Hessisches Landesmuseum	S.5
Scentral	S.6
Langer Lui	S.6
Friedhofsrundgang	S.8
Abschiebung	S.8

...Fortsetzung von S.1 "Abenteuer"

Rest geht nach der Rasenmähermethode...".

Interessant ist ein Blick in ein Dokument mit dem Namen "Mittel-

ausreichenden - Investitionsmittel sollen bis 2007 mehr als halbiert und dann nochmals auf 2,6 Millionen Euro reduziert werden. Selbst

heitsrelevante Maßnahmen). Alleine fünf Schulen werden mit 5 Punkten bewertet, eine Schule mit der Bewertung 0 sucht man

vergeblich. Die Mehrheit der Schulen wird mit der Punktzahl 4 bewertet (Sanierung in vielen wichtigen Bereichen dringend erforderlich). Dies Ergebnis macht deutlich, wie gering die Summen sind, die in den nächsten Jahren zur Sanierung der Schulen zu

„Wir leben mit Provisorien“

Stadtelternbeirat – Klage über Container der Niebergallschule – Geld ist zugesagt

fristiges Investitionsprogramm der Stadt Darmstadt" (MIP), in welchem die geplanten Investitionen der Stadt Darmstadt bis über das Jahr 2008 hinaus nachzulesen sind.

Vorab muss man feststellen, dass die Schulen von Darmstadt teilweise in unzumutbaren Zustand für Schüler und auch Lehrer sind. Das Investitionsvolumen zur Sanierung der Schulen wird derzeit auf ca. 155 Millionen Euro geschätzt. Allerdings stehen gemäß MIP für den schulischen Bereich zur Verbesserung dieser Zustände im nächsten Jahr nur 5,6 Millionen Euro für investive Maßnahmen zur Verfügung. Sogar diese - nicht

ohne große mathematische Fähigkeiten ist eine solche Planung der Verantwortlichen in keiner Weise nachvollziehbar. Der Wille zu einer nachhaltigen und dauerhaften Verbesserung der Zustände an den Darmstädter Schulen ist nicht erkennbar. Man flickt und begnügt sich mit kosmetischen Reparaturen, ohne eine tatsächliche Verbesserung einzuleiten. Dies wird besonders deutlich, wenn man sich die Bewertungsmatrix ansieht, die für die Sanierung der Schulen erstellt wurde. Sie reicht von 0 Punkten (keine Sanierung erforderlich) bis 5 Punkten (Sanierung in allen Bereichen dringend erforderlich, dazu sicher-

Verfügung stehen. Es ist der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein.

Die Sanierungen werden auf 20 Jahre gestreckt, aber an einem Wissenschaft- und Kongreßzentrum wird weiter festgehalten. In Zeiten der Pisa-Studie lässt man die Schulen zu Ruinen verfallen. Dies ist eine Schande für die "Wissenschaftsstadt" Darmstadt.

Karl-Heinz Böck,
PDS Darmstadt
Mitarbeiter in der Stadtver-
ordnetenfraktion der
PDS/DKP
in Darmstadt

Kinderbeauftragter

Stadt bleibt inkonsequent

Seit 1988 gibt es in Darmstadt einen ehrenamtlichen Kinderbeauftragten. 1989 wurde der Darmstädter Dipl.-Psychologe Hans-Joachim Möglich zum Kinderbeauftragten der Stadt bestellt. Seit dieser Zeit hat Herr Möglich diese Aufgabe mit viel Engagement ausgefüllt.

Herr Möglich, der dieses Jahr seinen 80. Geburtstag begangen hat, wurde auf eigenen Wunsch von dieser Aufgabe entbunden. Der Magistrat bestellte als seinen Nachfolger Herrn Anton Oblaski.

Die Fraktion "Die Frauen" forderte in der Stadtverordnetenversammlung am 09. März 2004 in einem

Antrag, die Arbeit des ehrenamtlichen Kinderbeauftragten durch Maßnahmen wie die Einrichtung eines Kinderbüros und dessen Einbindung in alle für Kinder wichtigen Entscheidungen aufzuwerten.

In der Debatte wurde von unserer Fraktion betont, das wir dies nicht für ausreichend halten. Wir brachten einen Zusatzantrag mit der Forderung nach Einrichtung eines hauptamtlichen Kinderbeauftragten ein. Einen "Luxus", den sich viel kleinere Städte wie Darmstadt leisten und dies mit gutem Erfolg. Schon allein die steigende Aufgabenfülle ist von einem ehrenamtlich

arbeitenden Kinderbeauftragten nur schwer zu bewältigen.

Rot-Grün dagegen lobte die Darmstädter Kinderpolitik über den grünen Klee, ohne inhaltlich auf die in beiden Anträgen aufgeworfenen Fragen und Positionen einzugehen. Diese "Argumente" gingen auch im wesentlichen an der Sache vorbei, denn es war sicher nicht die Intention unserer Fraktion, die Kinderpolitik in Darmstadt in Bausch und Bogen zu verdammen, sondern sie mit der Einrichtung eines hauptamtlichen Kinderbeauftragten weiter zu befördern.

Der Antrag der Fraktion „Die Frauen“ - und somit auch unser Ergänzungsantrag - wurden kurzerhand "für erledigt" erklärt.

Darmstädter Magistrat schweigt

Kein Protest gegen US-Abhöranlage



Baustelle der US-Abhöranlage

Die Stadtverordnetenfraktion PDS-DKP/Offene Liste Darmstadt hatte Anfang Februar folgenden Antrag eingebracht:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf,

1. Bei den zuständigen Behörden der US-Streitkräfte gegen den Bau der US-Abhöranlage auf dem ehemaligen August-Euler-Flugplatz zu protestieren und die Rücknahme dieser Baumaßnahme zu fordern.

2. Eine öffentliche Informationsveranstaltung durchzuführen, die die Bürgerinnen und Bürger Darmstadts über die Hintergründe dieser Baumaßnahme, insbesondere über das weltumspannende US-Abhörsystem Echelon, informiert.

Hintergrund: Die US-Army plant auf dem ehemaligen August-Euler-Flugplatz den Bau einer Satelliten-Anlage. Diese Anlage gehört zum weltumspannenden Abhörsystem "Echelon". Hier werden Telefongespräche, Faxe und andere elektro-

nische Übertragungssysteme überwacht. Verdächtige Formulierungen werden herausgefiltert und durch Nachrichtendienst-Experten ausgewertet. Die USA nutzen diese Anlage neben ihrer geheimdienstlichen Tätigkeit überwiegend zur Industriespionage. Fest steht



aber auch, dass private Kommunikation abgehört und ausgewertet wird. Die Abhöreinrichtungen sind jeweils auf Satelliten-, Mobil- und Richtfunkstrecken, Unterseekabel sowie Festnetzleitungen spezialisiert.

Die Diskussion unseres Antrages zum Thema US-Abhöranlage am ehemaligen Euler-Flugplatz in der Stadtverordnetenversammlung am 09. März 2004 lässt sich wohl mit

folgendem Satz zusammenfassen: Uns sind die Hände gebunden, wir können nichts tun, Protestnoten an die US-Army bringen nichts. Soweit die Beiträge des Öko-Dezernenten Klaus Feuchtinger (Bündnisgrüne) und des Baudezernenten Dieter Wenzel (SPD).

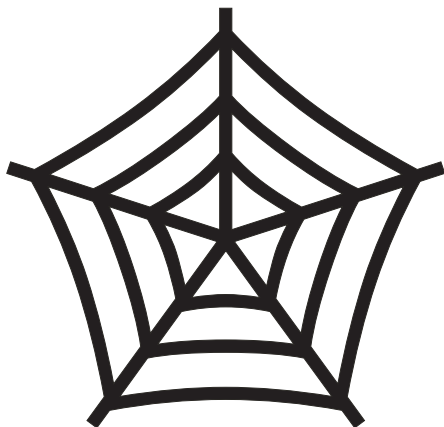
Intention unseres Antrages war wie oben beschrieben zum einen eine deutliche Distanzierung und die Aufforderung der Stadtverantwortlichen an die US-Army nach Rücknahme dieser Baumaßnah-

(...) A. in der Erwägung, dass an der Existenz eines weltweit arbeitenden Kommunikationsabhörsystems, das durch anteiliges Zusammenwirken der USA, des Vereinigten Königreichs, Kanadas, Australiens und Neuseelands im Rahmen des UKUSA-Abkommens funktioniert, nicht mehr gezweifelt werden kann; dass es aufgrund der vorliegenden Indizien und zahlreicher übereinstimmender Erklärungen aus sehr unterschiedlichen Kreisen einschließlich amerikanischer Quellen angenommen werden kann, dass das System oder Teile davon, zumindest für einige Zeit, den Decknamen "ECHELON" trugen,

B. in der Erkenntnis, dass nunmehr kein Zweifel mehr daran bestehen kann, dass das System nicht zum Abhören militärischer, sondern zumindest privater und wirtschaftlicher Kommunikation dient, obgleich die im Bericht vorgenommene Analyse gezeigt hat, dass die technischen Kapazitäten dieses Systems wahrscheinlich bei weitem nicht so umfangreich sind, wie von den Medien teilweise angenommen, (...)

Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Existenz eines globalen Abhörsystems für private und wirtschaftliche Kommunikation (Abhörsystem ECHELON) (2001/2098(INI))

Fortsetzung auf Seite 4...



...Fortsetzung von S.3 "US-Abhöranlage"

me. Zum anderen die Information der Bürgerinnen und Bürger.

Insbesondere mit der Information der Bürgerinnen und Bürger taten sich die Rot-Grünen Koalitionäre schwer. Dies könnten die politischen Parteien ja tun. Jan Dittrich (FDP) meinte gar, diese Angelegenheit sei ein politisches Problem und daher in der Stadtverordnetenversammlung fehl am Platze.

Interessanterweise wurde in der selben Stadtverordnetenversammlung ca. 2 Stunden zuvor über die Novellierung der Landschaftsschutzgebietsverordnung diskutiert. In dieser Verordnung wird genau das Gebiet am Griesheimer



Sand zum Vogelschutzgebiet der Zone I erklärt. Will heißen, dort hat schon ein freilaufender Hund Bußgeld für seinen Besitzer oder seine Besitzerin zur Folge. Wenn allerdings die US-Armee dort Spionageanlagen baut, sieht sich die Stadt außerstande auch nur den Hauch eines Protestes zu formulieren. Dies wirft insbesondere auf die Darmstädter Grünen ein bezeichnendes Licht.

Ich hatte bei der Begründung meines Antrages bewusst das Thema Industriespionage in den Mittelpunkt gestellt. Dies wurde als nicht bewiesen oder Fiktion abgetan (siehe auch nebenstehenden Kasten). Da half auch der Hinweis auf den Abschlussbericht der EU-Kommission, in dem die Existenz eines Abhörsystems als bewiesen erklärt wird, zu diesem Thema nichts. Ein Angebot von Rot-Grün, unseren Antrag in eine Petition an die Bundestagsabgeordneten umzuwandeln, wies ich zurück.

Bei der Abstimmung stimmten CDU, FDP, SPD und Grüne gegen unseren Antrag, die "kleinen" Fraktion UFFBASSE, LEU, Frauen und OS/3 für unseren Antrag.

Dies Abstimmungsergebnis

aus der Debatte in der Stadtverordnetenversammlung am 9. März 2004:

Stadtrat Feuchtinger:

"(...), teils kann es auch nicht unsere Sache sein, gegen eine Anlage zu protestieren, von der wir tatsächlich nicht abschließend wissen, ob sie tatsächlich Spionagezwecken dient. Das muss erst mal nachweislich der Fall sein, bevor wir offiziell als Stadt hierzu eine Protestnote loswerden lassen können. Also das muss mir erst mal nachgewiesen werden, dann kann man darüber noch mal reden (...)
(...) protestieren gegen die Nutzung einer Anlage aufgrund einer Vermutung, ist dem Magistrat der Stadt Darmstadt nicht möglich."

veranlasste einen Zuhörer auf der Tribüne zum Zwischenruf "Schlafft weiter!". Dem kann man sich nur anschließen.

Interessant in der Nachbetrachtung noch die Tatsache, dass von unsrem Antrag und von der Debatte in der Stadtverordnetenversammlung und dem Abstimmungsergebnis nicht eine einzige Zeile in der bürgerlichen Presse zu lesen war.

Rainer Keil
Stadtverordneter
PDS-DKP/OL
DKP Darmstadt



Protestieren Sie gegen dieses ignorante Verhalten!
Proteste sind zu richten an:
Magistrat der Wissenschafts-
stadt Darmstadt, Luisenplatz 5 in
64283 Darmstadt.

Weitergehende Infos im Internet
unter
<http://kai.iks-jena.de/>
miniwahr/echelon-index.html

Kurz berichtet 1

Ausstellung "Lebensunwert - zerstörte Leben"

Unsere Stadtverordnetenfraktion hat im April im Kulturausschuß folgenden Antrag eingebracht:

Der Magistrat der Stadt Darmstadt wird beauftragt, die Wanderausstellung "Lebensunwert - zerstörte Leben" des Bundes der "Euthanasie"-Geschädigten zum nächst möglichen Zeitpunkt nach Darmstadt zu holen.

Die Ausstellung erinnert an Menschen, die wegen ihrer Erkrankung, sozialer Auffälligkeit oder wegen systemkritischer Meinungsäußerungen in der Zeit des Nationalsozialismus unfruchtbar gemacht oder sogar ermordet wurden.

Im Mittelpunkt der Präsentation stehen die 15 Tafeln der gleichnamigen Wanderausstellung, die jetzt vom Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten (BEZ) neu erarbeitet wurde. Der in Detmold ansässige BEZ erinnert damit auch an das oft vergebliche Ringen der Betroffenen um Anerkennung und Entschädigung als Opfer des NS-Regimes.

Der Antrag wurde wegen der noch nicht geklärten Kosten einstimmig als Prüfantrag angenommen. Nach eigenen Recherchen erzeugt die Ausstellung außer Transport und Versicherung keine Kosten, und es bestehen gute Aussichten, sie nach Darmstadt zu bekommen. Sehr wichtig wäre es auch, in Kooperation mit Schulen junge Menschen für dieses Thema zu interessieren.

Hessisches Landesmuseum

Erbschaft - ein Lehrstück



Das Landesmuseum, der hohle Zahn daneben: der Kargel-Bau, benannt nach seinem Architekten.

Der Darmstädter Unternehmer Karl Ströher (WELLA) stiftete 1968 dem Landesmuseum eine umfangreiche Kunstsammlung. Die Stiftung erfolgte zunächst als Leihgabe mit der Auflage, dass hierfür ein angemessener Neubau zu errichten sei. Neben anderen Werken der Gegenwartskunst gehörten auch Stücke der berühmten Fett- und Filz-Periode von Beuys dazu. Weil das Land Hessen schon damals klamm war, glaubte man zunächst, mit dem Ausbau des Dachgeschosses sei Ströher zufrieden. Dessen Ungeduld nahm aber stetig zu. Er sah seine Wünsche als Mäzen unzureichend gewürdigt, hatte er doch schon den Dachausbau mitfinanziert. Immerhin sollte seine Sammlung der Einstieg in die Sparte "Zeitgenössische Kunst" sein. Es dauerte viele Jahre, bis dann doch noch ein Neubau entstand: der Kargel-Bau, den jeder kennt, weil er auf dem Weg in den Herrngarten einen Einblick ins Museum erlaubt.

Als dieser interessante Neubau endlich 1985 eröffnet wurde, war Karl Ströher gestorben. Die Erben, Schenkungen nicht sehr zugetan, machten Kasse. Sie verkauften die zeitgenössische Kunst vor allem an Museen in Frankfurt und Köln. Nun sind im Kargel-Bau andere Werke

zu sehen.

Da so ein Museum wachsen und mehr ausstellen will und mehr Räume für Wanderausstellungen braucht, da Präparatoren und Restauratoren derzeit in Kellerräumen arbeiten müssen und da zudem Brandschutz fehlt, braucht das Landesmuseum erneut Platz und Geld. Vor allem gibt es Sanierungsbedarf. Und das am meisten für den Kargel-Bau, der gerade mal 20 Jahre steht. Das Staatsbauamt (jetzt neudeutsch „Baumanagement“ genannt) hat einen Architekten-Wettbewerb für die Sanierung und Erweiterung ausgelobt. Kein Teilnehmer kam auf die Idee, die "Tropfsteinhöhle" (so ein Kenner des Kargel-Baus) weiter nutzen zu wollen!

Ein Lehrstück ist dies für die Stadt und ein Menetekel für ein Kongresszentrum?

Bau- und Sanierungskosten des Landesmuseums werden auf 60 Mio. € geschätzt. In einer Zeit, in der das Land Hessen Frauenhäuser, Jugendarbeit und Schuldnerberatung austrocknen lässt, ist es einfach ärgerlich, Prestigeobjekte erst zu bauen und dann wieder abzureißen.

Immerhin müssen sich immer weitere Bevölkerungskreise, Empfänger von Sozialhilfe, Arbeits-

lose, Kranke, nun auch schon Rentner und alle Lohnempfänger, fragen, was sie sich überhaupt noch leisten können.

Das Land Hessen wäre gut beraten, sparsam zu wirtschaften. Für einen Wettbewerb von Museen und Museen, für ein Wettrennen mit Frankfurt und Paris sind dies die Zeiten nicht. Hier soll Sozialhilfe nicht ausgespielt werden gegen das Präparieren von Messeler Krokodilen. Die wahre Musik wird ohnehin woanders gespielt: Die Erben haben die ganz Große Kasse gemacht und die gesamte Firma WELLA verkauft. An der Berliner Allee geht nun die Angst um.

Werner Krone
DKP Darmstadt
Mitarbeiter in der Stadtver-
ordnetenfraktion der
PDS/DKP
in Darmstadt

Kurz berichtet 2

Gemeinschaftshaus Rodgaustrasse kommt doch!

Nur zwei Monate nach der Ablehnung unseres Antrages nach Bereitstellung ausreichender Planungsmittel für ein Gemeinschaftshaus in der Rodgaustrasse hat sich der Rot-Grüne Magistrat dazu durchgerungen, diese Mittel doch bereitzustellen. Sogar unsere Argumentation für die Bereitstellung dieser Mittel wurde nahezu komplett übernommen. Die hessische Landesregierung hatte die Bereitstellung der beantragten Landesmittel von einer Vorentwurfsplanung abhängig gemacht.

Die Verunsicherung der dort lebenden Bürgerinnen und Bürger, außerdem noch befördert durch eine unsägliche Schlammschlacht zwischen SPD und CDU in der Arheilger Post, hätte so nicht stattfinden müssen. Die „kleinen“ Fraktionen hatten schon in einem gemeinsamen Antrag zum Doppelhaushalt 2003/2004 im Dezember 2002 ausreichend Planungsmittel gefordert.

Trotzdem ist es erfreulich, dass dieses Projekt jetzt realisiert werden kann. Hoffentlich ohne weitere Fallstricke.

Lokale Posse in mehreren Akten

Das Wunder vom "Scentral"

1. Akt. Im Februar 2003 verspricht Oberbürgermeister Peter Benz einer Bürgerinitiative die baldige Verlegung der Drogenhilfeeinrichtung "Scentral", weg vom Herrngarten. Über das Wohin und das Wie machte sich das Stadtoberhaupt damals wohl keine Gedanken. War das auf einflussreiche Kräfte in die Bürgerinitiative zurückzuführen? Oder reifte vor dem geistigen Auge des ersten

diesem Weg dann Einblicke.

2. Akt. Eine Standortdebatte jagt die nächste. Drogenpolitische Fachmänner und Fachfrauen aller Fraktionen bringen einen Standort nach dem anderen ins Gespräch. Ganz nebenbei gelingt es so, dem hehren Ziel von mehr Bürgerbeteiligung in der Stadt zu ungeahnten Höhen zu verhelfen. Eine Bürgerinitiative nach der anderen macht

ums Böllenfalltor nimmt zu. Bekannterweise wohnen da nicht die Ärmsten und Einflusslosen. Oberbürgermeister Benz nutzt die Gelegenheit, um seinen Amtskollegen in den ländlichen Vorstädten mal ordentlich die Leviten zu lesen.

Die Stadtverantwortlichen nehmen die Standortentscheidung Böllenfalltor zurück und verlagern das Geschehen in den Sozialausschuß. Sicherheitshalber kauft man schon mal einen weiteren favorisierten Standort in der Bleichstrasse 37 für 472.500 Euro. Die nächste Bürgerinitiative tritt auf den Plan. Der Sozialausschuß, der das Anwesen besichtigen will, wird vom Eigentümer ausgesperrt und kommt zum Schluss, dieser Standort sei "tot".

4. Akt. "Das Wunder vom Scentral" nimmt seinen Lauf. Pressekonferenz von Stadt und Polizei. Die Polizei habe die Lage im Herrngarten fest im Griff. Die Standortfrage ist plötzlich keine mehr. Wie Phönix aus der Asche taucht nun auch der Eigentümer des Herrngartencafes, Francois Fritz, auf der Bühne auf und teilt mit, dass nach wochenlangem Suchen hinter jedem Busch keine Spritze mehr im Herrngarten zu finden sei.

Kann das Scentral am jetzigen Standort bleiben? Was ist mit dem Druckraum? Bürgermeister Glenz: "Vorstellbar ist alles!".

Vorhang. Weitere Vorstellungen sind schon geplant.

Aus einer Pressemitteilung unserer Fraktion vom Januar 2004:

Die Stadtverordnetenfraktion PDS-DKP/Offene Liste Darmstadt tritt ein für eine Beibehaltung und den Ausbau des jetzigen Scentral-Standortes. "Nach wie vor soll ein "zentraler, geeigneter neuer Standort" gefunden werden. Wir hingegen meinen, dass der jetzige Standort der ist, der sich am besten eignet. Ihn gilt es auszubauen und die dort auftretenden Probleme durch entsprechende Maßnahmen in den Griff zu bekommen."

Darmstädters schon das Bild einer cleanen Innenstadt, befreit vom sozialen Ballast, das Bild lustwandelnder Bürgerinnen und Bürger im Herrngarten vor dem neuen Wissenschafts- und Kongreßzentrum, vor dem sich der freigelegte Darmbach sanft entlang windet? Wir werden's wohl nicht so schnell erfahren. Vielleicht arbeitet der scheidende OB ja schon an seiner Biographie und gewährt uns auf

mobil, endlich finden auch Stadtverordnetenversammlungen öffentliche Beachtung. Höhepunkt: Rot-Grün bringt als neuen Standort das Böllenfalltor ins Spiel. Man appelliert an die Drogenszene, sich doch dorthin in Bewegung zu setzen. Innovative Vordenker wollen gar Shuttle-Busse für Junkies einsetzen.

3. Akt. Der Widerstand am und

Die Antwort war ernüchternd, wie wir mit einer kleinen Anfrage vom 28.08.2002 erfahren haben. Das „Ludwigsmonument“ steht generell nicht für „Werbezwecke“ zur Verfügung. Und weiter: „Es ist nicht beabsichtigt, von dieser Regelung abzugehen.“ Dies gelte insbesondere für Transparente mit politischen Inhalten.

Gleicher Ort, zwei Jahre später:

Die Studentinnen und Studenten der TU protestierten im Dezember 2003 gegen die unsozialen Kürzungen und die Einführung von Studiengebühren durch die hessische Landesregierung. Für diesen - wohlgerneht berechtigten! - Protest steht das Ludwigsmonument zur Verfügung. In der Antwort auf eine kleine Anfrage heißt es

dann: „In der Vergangenheit wurde der Lange Lui bereits mehrfach von unterschiedlichen Institutionen genutzt: Industrie -und Handelskammer, HEAG, DRK, Alpenverein, (...).

Der Verdacht liegt hier schon nahe, dass die politisch Verantwortlichen der Stadt hier mit zweierlei Maß messen. Hätte man die protestierenden Studentinnen und Studenten so bereitwillig unterstützt, wenn in Wiesbaden eine SPD-geführte Landesregierung am Ruder gewesen wäre? Oder wenn der Protest sich gegen die unsägliche „Agenda 2010“ der aktuellen Bundesregierung gerichtet hätte? Man darf hier berechnete Zweifel haben

Zweierlei Maß

Ärgernis Langer Lui

Rückblick:

Im August 2002 versuchte die faschistische NPD in Darmstadt eine Wahlkampfveranstaltung durchzuführen. Zahlreiche Organisationen mobilisierten zu einer Gegenveranstaltung gegen dieses dreiste Auftreten in Darmstadt. Die Initiatoren dieser antifaschistischen Gegenveranstaltung wollten an diesem Tag ein Transparent mit der Aufschrift „Nazis haben keinen Platz in unserer Stadt“ anbringen und wandten sich mit dieser Bitte an Oberbürgermeister Peter Benz.

Ehrengräber in Darmstadt

Ein Friedhofsrundgang

Auf Einladung der Stadtverordnetenfraktion der PDS-DKP/OL trafen sich ca. 20 Interessierte zu einem Friedhofsrundgang auf dem Alten Friedhof in Darmstadt. Dort informierte sie Rainer Keil über die, zum Teil problematischen Ehrengräber der Stadt Darmstadt.



Rainer Keil und Besucher des Friedhofsrundgangs der Stadtverordnetenfraktion von PDS-DKP/OL.

Erläuterungen zu einigen Ehrengräbern



General Oskar von Hutier (1857 - 1934)
Hutier war ein Haudegen aus dem ersten Weltkrieg. Er war in der Weimarer Republik Vorsitzender des "Verbands der deutschen Offiziere". Diese Organisation schürte die "Dolchstoßlegende" und paktierte mit Hitler in der Harzburger Front.



Infos über unsere Aktivitäten im Stadtparlament zum Thema auf unserer Internetseite:
www.pds-dkp-old.de

Der ausführlichen Artikel aus der letzten DA links kann bei uns bestellt werden.



Kapellmeister und Komponist Hans Simon (1897 - 1982)
Simon trat am 1.5.1933 in die NSDAP ein. Zuvor hatte er schon die Position des Dirigenten des Kammerorchesters des "Kampfbundes für deutsche Kultur" inne. Im April 33 wurde er zum kommissarischen Leiter der Darmstädter Akademie für Tonkunst gemacht. Der Leiter der Opernschule der Akademie, Paul Ottenheimer, Jude, wurde entlassen, aus seiner Wohnung geworfen und der Gestapo ausgeliefert. Er überlebte Theresienstadt aufgrund der Intervention seiner Gönnerin, Winifred Wagner. Entlassen und ihres Amtes enthoben wurden auch der Vorgänger von Simon als Leiter, Wilhelm Schmitt und sein Stellvertreter, Willy Huttner. Die Rolle Simons in diesem Zusammenhang müßte geklärt werden, zumal er als Leiter für die "Gleichschaltung" zuständig war.

...Fortsetzung von Seite 1 "Liebe..."

Bis heute gibt es keine Rechtsverordnung, die festlege, wer nach der Einführung des Arbeitslosengeldes II für die Unterkunftskosten der Erwerbslosen aufkommen muss. Bei der Finanzierung durch die Kommunen bestehe eine Milliardenlücke, allein in Darmstadt, nach Aussage von OB Benz 7 Millionen Euro. Es muss daher befürchtet werden, dass der Druck letztlich an die Mieter weitergegeben wird.

Der DGB rechnet damit, dass durch die geplante Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe in Westdeutschland bis zu 20% der bisher berechtigten keine Leistungen mehr erhalten.

Hier hilft nur eins: Gegenwehr. Aktionen wie die Demos am 3. April mit den 500.000 Teilnehmern sind ein guter Anfang. Jetzt müssen in Darmstadt, in Hessen, in Deutschland und in der gesamten EU weitere Aktionen der Betroffenen gegen die assoziale Politik von SPD-GRÜNE-CDU folgen.

Ihr
Rainer Keil

Türkische Familie von Abschiebung bedroht!

Teilerfolg



Demo in Darmstadt für die Familie Gözel

Wäre es nach der Darmstädter Ausländerbehörde gegangen, hätten Ayse Gözel, ihr vierjähriger Sohn Deniz und die vierzehnjährige Tochter Ayfer die BRD am 15. Januar 2004 verlassen müssen. Eine so genannte "Grenzübertrittsbeschiebung" wurde der kurdischen Familie, die seit 12 Jahren in Darmstadt lebt, zugestellt. Ehemann Haydar Gözel sollte ihnen dann im Dezember nachfolgen.

Jetzt konnte ein kleiner Erfolg verbucht werden: Nach der Einreichung einer Petition an den Hessischen Landtag durch die Stadtverordnetenfraktion PDS-DKP/Offene Liste Darmstadt wurde jetzt für die Dauer des Petitionsverfahrens eine Duldung ausgesprochen. Dieses Verfahren kann in wenigen Wo-

chen oder erst in mehreren Jahren entschieden sein, wie der Leiter des Darmstädter Ordnungsamtes auf Anfrage mitteilte. Zum jetzigen Zeitpunkt, Anfang Mai, wurde die Petition noch nicht behandelt.

Also nur vorübergehende Entwarnung.

Dies machten auch etwa 150 Demonstranten am 14. Januar 2004 vor der Darmstädter Ausländerbehörde klar. Aufgerufen hatte ein in der gleichen Woche gegründetes Solidaritätskomitee, dass aus verschiedenen Parteien, Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen besteht.

Der Fall der Familie Gözel hat eine breite Welle der Solidarität erzeugt. So wurden innerhalb

kürzester Zeit über 2.000 Unterschriften gegen die geplante Abschiebung gesammelt.

Die offizielle Darmstädter Kommunalpolitik dagegen zog sich auf rechtliche Positionen zurück. Auf eine kleine Anfrage der Stadtverordnetenfraktion PDS-DKP/Offene Liste antwortet Bürgermeister und Ordnungsdezernent Wolfgang Glenz (SPD): "Angesichts der eindeutigen Sach- und Rechtslage muss die Ausländerbehörde die Ausreisepflicht der Familie durchsetzen.(...). Zur Vermeidung von Abschiebemaßnahmen ist der Familie eine freiwillige Rückkehr in ihr Heimatland dringend anzuraten." Was die Familie in ihrem "Heimatland" erwartet blendet der Sozialdemokrat geflissentlich aus.

In ihrem Dorf im kurdischen Südosten der Türkei hatte Familie Gözel eine Mehlfabrik betrieben. Ihr Haus wurde von der türkischen Armee zerstört und die Fabrik geschlossen, weil sie kurdische Freiheitskämpfer mit Lebensmitteln unterstützten. Familienmitglieder wurde von Soldaten misshandelt. Haydar Gözel leidet bis heute unter den Folgen der Folter in türkischer Haft. 1992 floh die Familie dann, sie fürchtete um ihr Leben. Bei einer Rückkehr in die Türkei droht wieder Verfolgung und Gefängnis.

Im Bericht des türkischen Menschenrechtsvereines IHD für die Monate Januar bis März 2003 hatte deren Generalvorsitzende, Hüsnü Öndül, eine Zunahme der Menschenrechtsverletzungen festgestellt. Es gäbe eine Zunahme der Folterfälle ebenso wie eine wachsende Gewalt gegen Frauen. Die systematische Folter in türkischen Gefängnissen hätte während der letzten Monate erschreckend zugenommen war jetzt aktuell zu erfahren. Der türkische Menschenrechtsverein IHD ist die mit Abstand größte Menschenrechtsorganisation der Türkei.

Ich habe Interesse an der PDS-DKP/OL

Name:....., Vorname:.....

Straße:....., PLZ, Ort:.....

Tel.:.....

E-Mail:.....

Ich möchte zu Treffen eingeladen werden

Ich möchte regelmäßig Infos per Post , per Mail

**PDS - DKP/Offene Liste
Stadtverordnetenfraktion**
c/o Rainer Keil,
Heinrich-Fulda-Weg 13,
64289 Darmstadt
Tel.:06151-66 90 310,
Fax: 06151-66 90 533
E-Mail: info@pds-dkp-old.de

**PDS-DKP/Offene Liste
Darmstadt
im Internet
www.pds-dkp-old.de**